

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1992)
Heft: 17: Internationale Solidarität

Artikel: Dritte Welt selbst schuld? : Entwicklungspolitischer Zeitgeist
Autor: Peters, Oliver
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach der Ablehnung des IWF-Referendums durch den Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat Beat Kappeler im SGB-Pressedienst in gewohnt pointierter Art für den Internationalen Währungsfonds Partei ergriffen. Sein Beitrag ist darum diskussionswürdig, weil er zeigt, wie kurz der Weg von der ungetrübten Marktgläubigkeit zum Zynismus gegenüber den Opfern dieses Marktes ist.

Bundesrat Stich hat in der parlamentarischen Debatte zum IWF eine schweizerisch-satte und selbstzufriedene Argumentation lanciert, die nun anscheinend auch von Beat Kappeler geteilt wird. Bei Stich tönte das so: «Bei aller Kritik am Währungsfonds gilt es doch festzuhalten, dass der IWF immer erst dann kommt, wenn eine Regierung versagt hat und ein Land um Hilfe bittet.» Bei Beat Kappeler wird es noch etwas schnoddriger: «Der von Kritikern verbreitete Mythos, der IWF mische sich in die Länder ein, hat also die Abfolge der Ereignisse gefälligst zur Kenntnis zu nehmen – der IWF wird nach völligem Abwirtschaften gerufen und hat die undankbare Pflicht, entwicklungshemmende Zustände, Gesetze, Privilegien wegzuempfehlen.»

Dritte Welt selbst schuld? Entwicklungspolitischer Zeitgeist

Oliver Peters

Dritte Welt, selbst schuld... heisst also die modische Parole. Und daraus leitet Beat Kappeler denn auch konsequent ab: «Eine kritische Solidarität mit der Dritten Welt muss den Finger auf die Demagogie der dortigen Eliten legen, welche Politiken führen, als ob man Wohlstand aus dem Nichts schaffen könnte.» Das ist doch hübsch formuliert, oder? Weniger begnadete Zungen pflegen auf der Strasse zu sagen: «Sölled zerscht emol schaffe...» Und sie meinen es sicher genau so kritisch und solidarisch wie Beat Kappeler. Wir wollen hier einige Argumente in Erinnerung rufen, die für Gewerkschaften und linke Parteien der Dritten Welt zum kleinen politischen ABC gehören und die auch hier in der Schweiz nach zwei Jahrzehnten der Diskussion über Entwicklung und Unterentwicklung eine gewisse Verbreitung gefunden haben:

– Der Protektionismus der Industrieländer diskriminiert Exporte aus Entwicklungsländern gegenüber denen der Industrieländer. Die Deutsche Bundesregierung schrieb 1985 in ihrem sechsten Entwicklungsbericht:

«Die gegenüber Zöllen weit aus wirksameren <anderen> (nicht-tarifären) Handelshemmnisse wie z.B. Importquoten, Selbstbeschränkungsbestimmungen, Abschöpfungen, Subventionen, technische und administrative Verfahren wurden ... ausgebaut und verschärft. Diese Massnahmen richteten sich nicht ausschliesslich gegen Entwicklungsländer. Sie wirken sich für sie aber besonders nachteilig aus, weil ihre Marktmacht und Anpassungsfähigkeit meist geringer sind als die von Industrieländern und weil

vielfach Sektoren betroffen sind (z.B. Textil/Bekleidung, Lederwaren, Agrarprodukte, Kupfer), von deren Exporten Entwicklungsländer stärker abhängen als Industrieländer.»

Verluste

Die Verluste der Dritten Welt aus dem Protektionismus des Nordens wurden 1986 auf 30 Mia. Dollar pro Jahr geschätzt, das entsprach zu diesem Zeitpunkt etwa der jährlichen Entwicklungshilfe aller grossen Industrienationen zusammen.

– Die Rohstoffpreise haben Mitte der 80er Jahre ihren tiefsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Allein von 1980 bis 1986 sind sie um 30% gefallen. Dieser Preiszerfall hat sich in den letzten zwei Jahren durch die Konjunkturkrise in einigen wichtigen Industrieländern weiter verschärft. Die Preise für wichtige Fertigprodukte, auf die Entwicklungsländer angewiesen sind, sind im gleichen Zeitraum weiter gestiegen. So haben sich die Austauschbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern massiv zuungunsten der Entwicklungsländer verschoben: War ein LKW (6 bis 10 t) 1985 noch für 14,3 Tonnen Bananen zu haben, mussten 1989 dafür 69,4 Tonnen Bananen ausgegeben werden.

– Die Entwicklungsländer sind seit Beginn der 80er Jahre unter Einschluss von Entwicklungshilfe, neuen Krediten und Direktinvestitionen zum Netto-Kapitallieferanten der industrialisierten Länder geworden. Aus Lateinamerika allein sind seit 1982 jährlich zwischen 15 und 30 Mia. US-Dollar in den Norden abgeflossen, das meiste unter dem

Indios aus Quitilipi
(Argentina), um 1960.
Grafik für den Mitmenschen:
Clément Moreau.



Titel Zinsen und Amortisation von Krediten, die diese Länder nie erreicht haben.

– Die Kapitalflucht ist gemäss einer Schätzung des IWF aus dem Jahr 1987 für 25 bis 30 % der Schulden der Länder der dritten Welt verantwortlich, in Zahlen 200 bis 300 Mia. Dollar in den Jahren 1975 bis 1985. Dabei dürfen wir nicht nur an «Koffergeschäfte» denken, sondern v.a. an die weitaus unauffälligeren Formen des Mittelabzugs in Form von Unterfakturierung von Exporten aus Drittwelt-Ländern bzw. von Überfakturierung von Importen in Drittwelt-Länder. Wenn heute 40% des Welthandels konzernintern abgehandelt werden, bestehen für solche Spiel-

chengen genügend Gelegenheiten. Mit der Kapitalflucht sind wir schon voll bei der Rolle der von Beat Kappeler gezeigten Dritten Welt-Eliten. Diese sind im Gegensatz zu den heute wieder modischen Schuldzuweisungen nicht Gegenspieler der Industrieländer oder des IWF, sondern deren Teilhaber und Ausführungsorgane. Dies gilt sowohl bei der erwähnten Kapitalflucht (die bekanntlich auch der Schweiz zu billigem Kapital verholfen hat und noch immer verhilft) als auch bei gigantomanischen Entwicklungsprojekten (siehe die von der schweizerischen Exportrisikogarantie mitfinanzierten Staudammprojekte in einigen Ländern).

Schliesslich wenden sich auch die vom IWF durchgepeitschten «Strukturanpassungsprogramme» keineswegs in erster Linie gegen die lokalen Eliten. So sind z.B. in Nicaragua die vom IWF propagierten Privatisierungsprogramme ehemals staatlicher Unternehmen zu einem saftigen Weidegrund korrupter Staatsfunktionäre geworden, die auf jedem privatisierten Unternehmen ihren (Aktien-)Anteil kassieren. Ähnlich verhält es sich mit der einseitigen Förderung des grossflächigen Agroexportes – der zu einer Verdrängung kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Produzenten führt – und mit der vollständigen Freigabe von Importen – die eine nationale Kleinindustrie dahinrafft, dafür aber die Luxusimporte der Oberschichten verbilligt.

Wer bei den Strukturanpassungsprogrammen des IWF wirklich an die Kasse kommt, das sind die Armen und die Ärmsten in den Ländern der Dritten Welt. So ist es kein Zufall, dass die Existenz von starken Armee- und Polizeiapparaten eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Durchsetzung der IWF-Empfehlungen darstellt. Hungerrevolten lassen sich eben nur mit Essen oder mit Gewehren verhindern. Der IWF entscheidet sich selten für das Essen, also müssen die Gewehre her. Dass Repressionskräfte eine gefräßige und nicht sehr entwicklungsfördernde Eigendynamik entwickeln, muss hier nicht weiter erläutert werden.

Aber einen Hinweis zur Politik des IWF wollen wir hier doch noch geben. Anlässlich seiner letzten Jahreskonferenz hat sich diese verdiente Institution mit Besorgnis über die steigenden Arbeitslosenzahlen in den Industrieländern gebeugt. Ihre Empfehlungen folgen auch im Norden bester neoliberaler Tradition: Abschaffung von Mindestlöhnen und Abbau der Arbeitslosenversicherung.

Werden Schweizer Gewerkschafter auch solche Vorschläge eines Tages als Notwendigkeiten verkaufen?